Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt.

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Postverlagsort: Bocholt.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.

Postversandort: Dortmund.

Nummer 17 | Montag, den 18. Januar 1932 | Jahrgang 1932

Stegerwald über die Notlage der Kommunen.

Parteitag der westischen Zentrumspartei.

÷ **Gladbeck**, 17. Januar.

Sonntag nachmittag tagte im Gesellenhaus der westische Parteitag, der aus allen Orten des Vestes sehr stark besucht war. Nach Erledigung der Vorstandswahl, aus der Abgeordneter Riesener als erster und Bürgermeister Dr. Willeke in Marl als zweiter Vorsitzender hervorgingen, sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Tagesfragen. In seiner grundlegenden Art entwarf Redner den aufmerksamen Zuhörern ein klares Bild der heutigen innerpolitischen Situation. In ihrem Resumé ähnelt die Rede den Ausführungen des Ministers in Köln. Stegerwald führte u. a. aus: Das Jahr 1932 wird für die Zukunft Deutschlands und die Geschicke der Welt ein Entscheidungsjahr erster Ordnung werden. Im letzten Jahrzehnt sind ohne Zweifel

nicht nur in der Weltpolitik, sondern auch in der deutschen Politik große Fehler gemacht worden.

Letztere waren kaum zu vermeiden, da wir zu lange den halbabsolutistischen Staat der Vorkriegszeit erhalten haben und nach dem Zusammenbruch der Uebergang zur Demokratie zu schroff war. Das deutsche Volk mußte in solcher Lage erst eine Reihe von außen- und innenpolitischen Vorgängen erleben, ehe es zu der Erkenntnis gebracht werden konnte, was politisch, wirtschaftlich, finanziell und sozial nach dem größten aller Kriege in der Geschichte, den Deutschland verloren hat, möglich und nicht möglich ist. Gegenwärtig sind wir

noch vielen Irrungen und Wirrungen auf dem besten Wege, zu den politischen und wirtschaftlichen Realitäten zurückzukehren.

In den nächsten Monaten steht das deutsche Volk vor der Entscheidung: Soll dieser Weg planvoll weitergegangen werden oder sollen wir uns erneut auf den Weg der Irrungen und Wirrungen abdrängen lassen? Die daraus resultierende Zeche, die sehr teuer werden würde, müßte das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bezahlen.

Von der Privatwirtschaft müsse verlangt werden, daß sie in Zukunft mit größerer Publizität arbeite.

Die freie Preisbildung müsse in Zukunft zur Regel werden.

Während das 19. Jahrhundert die industrielle Erzeugung geregelt und die größte Leistungsfähigkeit entfaltet habe, sei die Zukunftsaufgabe die Regelung der Warenverteilung. Der Redner beschäftigte sich sodann ausführlich

mit der Lohnfrage.

Es sei eine irrige Meinung, wenn in Arbeiterkreisen die Auffassung herrsche, daß der Staat in letzter Zeit zu einer Lohnsenkungsmaschine geworden sei. Was die Senkung der Bergarbeiterlöhne anlange, so sei darauf hinzuweisen, daß der deutsche Kohlenbergbau durch den Verfall der englischen Währung in große Schwierigkeiten geraten sei und daß die Hälfte der deutschen Kohlenerzeugung in der Eisenindustrie verwandt werde. Die Eisenindustrie habe aber ebenfalls solche Schwierigkeiten, daß sie für die Kohle nur einen bestimmten Preis zahlen könne.

Der Kampf hinter den Kulissen, der in den letzten Wochen um die erneute Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten geführt wurde,

war im Hinblick auf dessen Verehrung und Ansehen in der ganzen Welt für Deutschland geradezu beschämend. Das deutsche Volk hat demnächst in der Tat nur zu wählen, ob es den Weg der Demagogie oder den Weg der wirtschaftlichen und politischen Vernunft gehen will. Der Weg der Demagogie führt schnurstraks in den Bürgerkrieg, der Weg der politischen und wirtschaftlichen Vernunft langsam aber sicher wieder aufwärts. Die Mehrheit des deutschen Volkes ist bestimmt für den letzteren Weg zu gewinnen.

Die Gemeinde der politischen Vernunft muß dann allerdings eine sehr viel größere Aktivität als seither entfalten und dem deutschen Volke in Wahrheit sagen, worum es geht.

In der Aussprache stellte Oberbürgermeister Dr. Baur-Bottrop die für alle Kommunen wichtige Frage,

wie sich der Minister die Endlösungen der Wohlfahrtsbetreuung durch die Kommunen denke.

Nicht nur organisatorisch bestehe hier ein Leerlauf, auch finanziell seien die Kommunen am Ende ihrer Kraft. Mit einem

Hinweis auf die Dortmunder Verhältnisse

verband Redner die hochinteressante Mitteilung, daß Preußen den Kommunen sozusagen verboten habe, den Schuldendienst zu leisten, wenn die Zahlungen an die Wohlfahrtsempfänger nicht sichergestellt seien. In einem Fall sei sogar angedroht worden, die für den Schuldendienst gezahlten Beträge von den Ueberweisungssteuern wieder abzuhalten.

In seinem Schlußwort ging Stegerwald auf diese Anfrage ein. Er betonte, daß ihm die Notlage der Kommunen durchaus verständlich sei. Es handele sich hier um eine Frage des Staatsorganismus. Er hoffe,

wenn die Konferenz von Lausanne einigermaßen günstig verlaufe,

in wenigen Monaten über die tiefste Talsohle der heutigen Krisis hinwegzukommen. Hinsichtlich der Ordnung in den öffentlichen Finanzen werde man aber sicherlich noch die zweite Hälfte des Jahres 1932 abwarten müssen. Wenn der Dualismus zwischen Reich und Ländern verschwinden würde, ließen sich auch Mittel für die Gemeinden finden. Da das Reich kein Aufsichtsrecht über die Kommunen habe, werde bei einer Beteiligung des Reiches an der Wohlfahrtspflege die Kontrolle zu schwer. Die Sache ließe sich leichter anfassen,

wenn unser Staatsorganismus einfacher wäre.

Man könne in der tiefsten Depression keinen vollständig neuen Finanzausgleich machen. Im Augenblick könne man nur den Gemeinden beispringen, die zahlungsunfähig würden. Wenn die Konferenz von Lausanne beendet sei, ließe sich über die Angelegenheit noch weiter sprechen. In der Oeffentlichkeit möchte er jetzt dazu keine weiteren Ausführungen machen.

Vertrauenskundgebung für Dr. Brüning und Stegerwald.

Im Verlauf der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Kreisparteitag des westischen Zentrums bekundet dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald die unwandelbare Treue der westischen Zentrumspartei und dankt beiden Führern der Zentrumspartei für die aufopferungsvolle, verantwortungsbewußte Arbeit, die sie in Deutschlands größter Notzeit für Volk und Vaterland leisteten. Die westische Zentrumspartei wird bei den bevorstehenden schweren außen- und innenpolitischen Entscheidungen geschlossen bis zum letzten Mann dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister folgen in der unerschütterlichen Ueberzeugung, daß die für des deutschen Vaterlandes Zukunft Verantwortlichen bei diesen schicksalbestimmenden Verhandlungen und Entscheidungen ihre Aufgabe bis zum äußersten erfüllen werde.

Nicht nur militärische - sondern auch wirtschaftliche Abrüstung.

Ein neuer Mussolini-Artikel.

— **London**, 17. Januar.

In einem ausschließlich im „Sunday Dispatch" erscheinenden Artikel beschäftigt sich Mussolini mit der Wirtschaftskrise und den Möglichkeiten zu ihrer Behebung.

Die Weltkrise, so schreibt der italienische Ministerpräsident, habe nun denjenigen Punkt erreicht, wo die schnellsten und wirksamsten Heilmittel nötig seien. Halbe Maßnahmen hätten keinen Zweck mehr. Die Entschlüsse müßten rasch gefaßt werden, und

es dürfte keinerlei Verschiebung mehr zugelassen werden.

Der Welthandel befinde sich jetzt in einer Sackgasse. Ueberall seien hohe Zollmauern aufgerichtet; kein Land wolle mehr Waren hereinlassen, aber soviel als möglich ausführen. Dazu komme die Frage der Kriegsschulden und Reparationen. Frankreich und Amerika seien im Besitz von 75 v. H. des Goldes. Wie könne man erwarten, so sagt Mussolini, daß die Staaten ihre Schulden bezahlen, wenn sie die Zahlungen nur in Gold leisten dürften, das sie nicht besitzen. In Waren zu bezahlen, sei auch unmöglich, weil die Zollmauern ihrer Gläubigernationen so hoch seien, daß keine Waren die Grenzen überschreiten können.

Seit einigen Monaten sei die Welt in einen wirtschaftlichen Kriegszustand getreten.

Wie bei Ausbruch eines Krieges diplomatische Verträge, so habe man jetzt Handelsverträge zerrissen. Schon hätten Spanien und Frankreich ihre Handelsverträge mit Italien gekündigt, und die Schweiz habe ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland abgebrochen. In Kürze werde dieser wirtschaftliche Kriegszustand in der ganzen Welt verbreitet sein.

Es sei nichts anderes, als eine Rückkehr zu den befestigten Städten des Mittelalters.

Die Zeit sei nun gekommen, so stellt der italienische Ministerpräsident schließlich fest, daß die Staatsmänner zusammenkommen und den Wirtschaftskrieg beendigen. Besonders die Goldfrage müsse dringlich behandelt werden, denn eine wirkliche Lösung der Wirtschaftskrise sei nicht möglich, solange Frankreich und Amerika das Goldmonopol hätten. Alle Zollmauern müßten heruntergesetzt werden, damit der Welthandel wieder in Schwung komme und die Staaten ihre Zahlungen in Waren leisten könnten.

Auch Bulgarien kann nicht zahlen.

Vor einem Schritt in Genf.

○ **Sofia**, 16. Jan.

Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff, der in den letzten Tagen vor seiner heutigen Abreise nach Genf die Vertreter der Großmächte und der Kleinen Entente empfing, die sich über die zukünftige bulgarische Politik erkundigten, bestätigte, daß die ernste wirtschaftliche Lage Bulgariens weitgehende Erleichterungen seiner ausländischen staatlichen Verpflichtungen verlange. Bulgarien rechne bestimmt damit, daß es in Genf solche Erleichterungen erhalten werde. Die durch Reparationszahlungen und den Zinsendienst auswärtiger Anleihen entstehenden Devisenabgänge könne Bulgarien in Zukunft nicht aushalten. Bulgarien sei ein ehrlicher Zahler, stehe jedoch an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Auf die Frage, was Bulgarien bei einer Ablehnung seines Gesuchs unternehmen würde, erklärte Muschanoff, daß sodann von selbst die notwendigen Folgerungen gezogen werden müßten. Brünings Erklärungen bezeichnete Muschanoff als Geste eines großen Landes. Bulgarien sei an der Erhaltung der deutschen Wirtschaftskraft interessiert, da Deutschland Bulgariens bester Agrarkunde sein.

Muschanoff bestätigte ferner, daß das von schwerbewaffneten Nachbarn umgebene abgerüstete Bulgarien für allgemeine Abrüstung eintreten werde. Es werde zugleich die Forderung der allgemeinen Wehrpflicht aus Sparsamkeitsgründen erheben.

Fricks Erklärung und Bestätigung.

Ausflüchte.

München, 17. Januar.

Der nationalistische Abgeordnete Dr. Frick veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" eine Interpretation zu seinen Reden in Kempten und Lindau. Er bezeichnet es als „Fäschung" daß er der Kandidatur Hindenburgs ein „glattes Nein" entgegengesetzt habe. Er habe sich vielmehr nicht so sehr gegen diese Kandidatur, wie „gegen die Fortdauer der Zentrumsdiktatur des Reichskanzlers Brüning" gewandt und gesagt, den Nationalsozialisten fiele es nicht ein, die Hand zu einer Verlängerung dieser Diktatur zu bieten. Sie würden, wie schon bisher, jede Gelegenheit ergreifen, dieser Diktatur so rasch als möglich ein Ende zu bereiten. Wenn wider Erwarten der Sturz des Kabinetts Brüning nicht schon früher erfolgen sollte, so sei der Tag der Reichspräsidentenwahl der äußerste Zeitpunkt, um dem System Brüning durch Aufstellung einer nationalsozialistischen Sonderkandidatur die letzte Stütze zu entziehen. Diese Stellungnahme sei für jeden Nationalsozialisten eine glatte Selbstverständlichkeit. Dr. Frick bestätigt mit diesem Kommentar nur, was sich aus seinen Reden ohne weiteres ergab, daß es der nationalsozialistischen Führung nur darauf ankommt, ihre etwaige Unterstützung einer Kandidatur Hindenburgs zum Gegenstand eines politischen Geschäfts zu machen, dessen Ziel der Sturz Brünings wäre.

In der von der nationalistischen Pressestelle verbreiteten Darstellung der Berliner Besprechungen hieß es unter anderm, Hitler habe dem Reichskanzler schwere Bedenken geäußert gegen die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs auf parlamentarischem Weg und habe gesagt, unter Umständen könne jedoch eine Entscheidung gefällt werden. Das ist so ausgelegt worden, daß Hitler unter Umständen eine bejahende Entscheidung zugunsten des parlamentarischen Wegs für möglich gehalten habe. Dazu wird nun mitgeteilt, daß bei der Wiedergabe des Berichts der Pressestelle im „Völkischen Beobachter" durch einen Hörfehler (!) eine Auslassung und dadurch eine Verzerrung des Sinnes entstanden sei. Es habe heißen sollen, „daß jedoch unter keinen Umständen ohne eingehende Ueberlegung eine Entscheidung gefällt werden könnte".

Der Hauptschriftleiter Rosenberg kommt auf seine Auslassung zurück, daß nach ausländischer Auffassung Brüning nicht mehr verhandlungsfähig sei ohne Hitler. Indem er seine Annahme, daß Brüning in diesem Sinne von „sehr autoritativen ausländischen Kreisen" unterrichtet worden sei, abschwächt und sie nur noch als Wahrscheinlichkeit bezeichnet, wiederholt er, daß ihm selber in London von einer ausländischen Botschaft etwas Derartiges gesagt worden sei. Man habe in der Presse auf die italienische Botschaft getipt; er könne darüber aber keine Auskunft geben. Das ist wieder eine Ausrede, wie wir sie bei Nationalsozialisten, wenn sie in die Klemme geraten, gewohnt sind.

★

Hitlers Denkschrift.

Berlin, 17. Januar.

Wie verlautet, hat Hauptmann a. D. Göring heute abend die von Hitler in seinem Schreiben an den Reichskanzler bereits angekündigte Denkschrift in der Reichskanzlei überreicht. In dieser Aufzeichnung wird im einzelnen dargelegt, aus welchen Gründen Hitler eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege ablehnt. Die Denkschrift ist sehr umfangreich, ihre Veröffentlichung dürfte erst am Montag erfolgen. In nationalsozialistischen Kreisen wird bereits jetzt darauf hingewiesen, daß sie im Ton sehr scharf sei und in dieser Hinsicht nicht zurückstehe hinter dem Wortlaut des Schreibens, das der deutschnationale Parteiführer Geheimrat Hugenberg in der Präsidentschaftsfrage an den Reichskanzler gesandt hat. Dieser nachträgliche Rechtfertigungsversuch Hitlers hat heute keinerlei Interesse mehr.

★

D.V.P. darf nicht fehlen.

— **Essen**, 16. Januar.

In einer volksparteilichen Versammlung erklärte Staatssekretär z. D. Schmid-Düsseldorf (M. d. R.), daß für die Volkspartei die Wiederwahl Hindenburgs schon aus Rücksichten der Treue und Dankbarkeit eine Selbstverständlichkeit sei. Die bevorstehende Volkswahl müsse eine gewaltige und einmütige Vertrauenskundgebung für Hindenburg werden. Wenn Brüning in Uebereinstimmung mit der Volksmeinung die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten als entscheidende außen- und innerpolitische Notwendigkeit erklärt habe, so werde es an ihm sein, zu einem außenpolitisch geeigneten nahen Zeitpunkt, d. h. nach dem ersten Akt der Tributkonferenz von Lausanne, durch seinen Rücktritt den Weg für die geschlossene Wiederwahl Hindenburgs freizumachen. — Auch der Geschäftsführer des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen in Rheinland und Westfalen", Dr. Schlenker-Düsseldorf, hielt die Gelegenheit einer Reichsgründungsgedenkfeier in Düsseldorf für gegeben, gegen Brüning in demselben Sinne zu Felde zu ziehen und zur Schaffung einer Bewegung aufzufordern, die neben den Nationalsozialismus trete und als großer starker nationaler Block alle Parteien umfasse, die sich zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum befänden, ganz gleich, welcher Partei hierbei die Führung zufalle.

★

Und Dingeldey bedauert das Schreiben Hugenbergs.

× **Frankfurt a. d. Oder**, 17. Januar.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, befaßte sich heute auf einer Vertretertagung des Wahlkreises V mit außenpolitischen Fragen, wobei er erklärte, der Standpunkt des Reichskanzlers, der dem Auslande die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen dargelegt habe, verdiene volle Zustimmung. In diesem Zusammenhange kam Dr. Dingeldey auch auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl zu sprechen und sagte, es hätte eine Selbstverständlichkeit sein müssen, den Willen zum Widerstand auch dadurch erkennbar werden zu lassen, daß man sich ohne Zögern über die Wiederwahl des Reichspräsidenten verständigte. Vom Brief Hugenbergs an den Reichskanzler meinte der Redner bedauernd, er habe leider einen einseitigen parteipolitischen Charakter getragen. Hätte man mit allen Kräften eine Volkswahl Hindenburgs unterstützt, so würde es geradezu erlösend gewirkt haben.

★

Der Volksbegehrensantrag des Jungdeutschen Ordens.

— **Hannover**, 17. Januar.

Zu dem Zulassungsantrag auf das Volksbegehren zur Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten vor Hindenburg zeichneten sich am Sonntag nachmittag in der Stadt Hannover beim Jungdeutschen Orden, wie dieser mitteilt, 3000 Personen ein. Damit sei weit über die Hälfte der für das ganze Reich erforderlichen Unterschriften für den Zulassungsantrag bereits an einem Tage allein in Hannover erreicht.

Die Frage der Vertagung der Lausanner Konferenz.

Bisher kein offizieller Schritt.

× **Berlin, 17. Januar.**

In französischen und auch englischen Blättern wird die Frage der Verschiebung der Reparationskonferenz erneut lebhaft diskutiert. Die Vorschläge gehen in verschiedener Richtung und verschieden weit. Dazu kann nur immer wieder festgestellt werden, daß alle diese Anregungen bisher nicht offiziellen Charakter tragen, daß also an die deutsche Regierung bisher im Sinne einer Vertagung nicht herangetreten worden ist. Man hat in Berlin auch starke Zweifel, ob entgegen den entschiedenen Ausführungen im Basler Gutachten doch der Versuch gemacht würde, die dort als dringend notwendig bezeichneten Maßnahmen nicht unverzüglich in die Wege zu leiten. Es sei ausdrücklich betont, daß auch noch nicht Fühlung genommen wurde wegen einer nur kurzen Hinausschiebung des Konferenzbeginns, für die, wie in ausländischen Blättern zu lesen, als Begründung etwa innerpolitische Vorgänge in Frankreich angegeben werden könnten oder der Termin der Abrüstungskonferenz, die am 2. Februar beginnt.

Im einzelnen scheint man in England im Interesse eines Entgegenkommens gegenüber dem französischen Standpunkt geflissentlich zu übersehen, daß Deutschland durch eine Inflation gegangen ist und von verschiebbaren größeren Vermögen im Gegensatz zu anderen Staaten nicht mehr gesprochen werden kann, daß aber auch die Reichsbahn mit ganz ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu rechnen hat, ohne daß Aussicht auf eine durchgreifende Wiederbelebung der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur bestünde. Auf Grund so klarer Tatsachen, die jedem politisch Unvoreingenommenen eigentlich klar sein müßten, kann von irgendwelchen Kompromißlösungen, welcher Art auch immer, nicht mehr die Rede sein, und es wäre unverantwortlich, wollte man die Welt über das Schicksal der deutschen Reparationen und der damit verbundenen allgemeinen Unsicherheit noch länger im unklaren lassen.

*

Frankreich sucht Deckung.

Paris, 17. Januar.

In der großen Pariser Informationspresse kommt der Wunsch nach einer Verschiebung der Lausanner Konferenz immer deutlicher zum Ausdruck. Man möchte es jedoch vermeiden, daß der Anstoß hierzu von Frankreich ausgeht, um nicht einer Boykottierung der Konferenz beschuldigt zu werden. Für eine Verschiebung werden die verschiedensten Gründe in den Vordergrund geschoben. Man legt hierbei besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit einer vorherigen Verständigung unter den Gläubigermächten, die noch sehr weit von der Verwirklichung entfernt ist.

Das „Journal" spricht von einem amtlichen französischen Schritt bei den beteiligten Regierungen zur Verschiebung der Konferenz um fünf bis sechs Monate. Es habe den Anschein, als ob dieser Antrag allgemein angenommen werde. Unter diesen Umständen werde die Konferenz zwar zum festgesetzten Zeitpunkt eröffnet werden, aber nicht länger als vier bis fünf Tage dauern. Die Sachverständigen würden lediglich Kenntnis von den vorbereitenden Arbeiten nehmen und dann noch im Laufe des Jahres eine neue Konferenz abhalten. Außerdem sei beabsichtigt, daß die in Lausanne vertretenen Mächte in einer gemeinsamen Note der amerikanischen Regierung den Vorschlag machen sollten, das Moratorium um weitere sechs Monate zu verlängern. Diese Maßnahme würde es erlauben, die Lausanner Konferenz bis nach den französischen und deutschen Wahlen hinauszuschieben. Die Verschiebung müsse dazu benutzt werden, eine Gegenoffensive vorzubereiten.

Der „Temps" vertritt heute den Standpunkt, daß nur eine endgültige Verständigung aller Gläubigermächte auf eine bestimmte Formel, die auch als Vorläufer der von den Italienern geforderten europäischen Einheitsfront gelten könnte, einige Aussicht für den Erfolg der Reparationskonferenz biete. Die englische Formel, wonach Deutschland bis Juli 1933 ein vollständiges Moratorium gewährt und während dieser Zeit eine endgültige Reparationsregelung vorbereitet werden soll, sei äußerst gefährlich. Damit würde man de facto auch den Vorbehalt aufgeben, den Frankreich betreffend die grundsätzliche Zahlung der ungeschützten Annuitäten habe machen müssen. Das heiße, vor der radikalen These Berlins zu kapitulieren, derzufolge Deutschland überhaupt keine Zahlungen mehr leisten könne und wolle. „Temps" sucht die Engländer für seine Auffassung zu gewinnen, indem er behauptet, durch die englische Lösung werde Deutschland in eine durchaus bevorzugte Lage gebracht, um auf dem Weltmarkt dem Handel der anderen Länder Konkurrenz zu machen. Das Wohlergehen Englands würde ganz besonders bedroht werden. Dann aber tritt das Blatt für die europäische Einheitsfront ein, die von Amerika die Streichung der Schulden verlangen soll.

*

Widersprechende englische Stimmen.

= **London, 17. Januar.**

Der diplomatische Korrespondent des „Observer" glaubt melden zu können, daß tatsächlich ein Einvernehmen zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland auf Grund der vorangegangenen Verhandlungen über Lausanne erzielt worden sei, steht aber mit dieser Meldung allein. So meldet ein Sonderkorrespondent der „Sunday Times" aus Paris, daß die Aussichten einer englisch-französischen Einigung keineswegs sehr hoffnungsvoll seien. Die englische Regierung bestehe angeblich auf einer vollständigen Einstellung der deutschen Zahlungen, einschließlich derjenigen, die seit dem 1. Juli in Kraft gewesen seien. Die französische Regierung dagegen wolle dem nicht zustimmen. Auch andere Presseäußerungen betonen, daß noch keine französische Antwort vorliege. Allgemein bringt aber die Presse zum Ausdruck, daß die englische Regierung, die nach wie vor am 25. Januar festhalte, auf eine zufriedenstellende Einigung mit Frankreich hoffe. „Manchester Guardian" erklärt: Obwohl kein greifbarer Grund dafür vorhanden ist, herrscht hinsichtlich der Lausanner Konferenz eine verhältnismäßig hoffnungsvolle Stimmung. Anscheinend ist dies auf die Annahme zurückzuführen, daß sich die öffentliche Meinung in allen Ländern — sogar Frankreich nicht ausgeschlossen — für den Gedanken eines kurzen Moratoriums zu erwärmen beginnt, dem eine endgültige Regelung im Dezember d. J. oder schon vorher folgen dürfte. Diese Politik ist nicht nur von Sir Walter Layton und Keynes befürwortet worden, sondern die Londoner City hat sie sich zu eigen gemacht; es besteht jetzt Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung sich ebenfalls dazu bekehrt hat, während sie noch vor einer Woche auf ein Moratorium hinzuarbeiten schien, das eine so lange Dauer haben sollte, wie Frankreich im äußersten Falle zugeben würde, zum Beispiel drei Jahre. Wahrscheinlich hat allerdings die britische Politik bisher noch keine endgültige Gestalt angenommen.

*

Italien macht das Spiel nicht mit.

Rom, 17. Januar.

In einem Leitartikel zur Reparationsfrage erklärt „Tribuna", man könne das alte diplomatische Spiel nicht mehr mitmachen, daß die Verantwortung Frankreichs für einen negativen Ausgang der Verhandlungen auf die Vereinigten Staaten abgewälzt werde. Das Blatt setzt hinzu, es schwebe ihm keine antifranzösische Lösung vor, jedoch müsse man aus der Haltung gewisser französischer Zeitungen, die an den deutschen Reparationszahlungen festhalten wollen, um Deutschland daran zu hindern, ein heftiger Konkurrent zu werden, entnehmen, daß mit der Fortsetzung der Tributzahlungen ein Druck auf Deutschland beabsichtigt werden soll; damit werde nicht nur die veraltete Einstellung zum Reparationsproblem, sondern auch seine Unmöglichkeit zugegeben.

Gegen den Krieg.

Ein Aufruf zur Abrüstung.

Berlin, 17. Januar.

Zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hat sich in Deutschland ein Ehrenausschuß für die deutsche Kundgebung zur Abrüstungskonferenz gebildet. Diesem Ausschuß gehören Persönlichkeiten aller Parteien an. Er erläßt folgenden Aufruf, zu dessen Unterzeichnung er alle deutschen Männer und Frauen auffordert:

„Die unterzeichneten Männer und Frauen Deutschlands fordern von der internationalen Abrüstungskonferenz, daß sie sofort und ohne Zögern den Verpflichtungen nachkommt, die hinsichtlich der Verminderungen der nationalen Rüstungen eingegangen worden sind. Damit würden gleichzeitig die Erwartungen und Hoffnungen der Welt auf eine friedliche Entwicklung der Erfüllung nähergebracht werden. Die ehemaligen Alliierten haben im Vertrag von Versailles ihr Wort verpfändet, daß die Abrüstung bestimmter Nationen nur die Einleitung einer allgemeinen Entwaffnung sein sollte. Die Satzung des Völkerbundes sichert die allgemeine Abrüstung zu. Die Nationen sind in feierlicher Form übereingekommen, daß drohende Konflikte des Völkerlebens nicht durch Krieg entschieden, sondern auf friedlichem Wege beigelegt werden müssen. Schließlich ist durch den Kellogg-Pakt der Krieg geächtet worden. Ohne Zweifel muß der nächste Schritt eine durchgreifende Herabsetzung der Rüstungen sein. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Arten und Gattungen der Rüstungen gleichmäßig herangezogen werden. Der Friede kann nur durch eine allgemeine Abrüstung wirksam gesichert werden. Der Krieg wird verschwinden, wenn die Regierungen der Völker es nur wollen. Die Regierungen werden wollen, wenn die Völker sie dazu zwingen."

*

Die deutsche Delegation für Genf.

— **Berlin, 16. Januar.**

Nachdem kürzlich Botschafter Radolny zum Führer der deutschen Delegation zur Abrüstungskonferenz für die Zeit während der der Reichskanzler oder sonstige Kabinettsmitglieder nicht persönlich in Genf anwesend sein werden und Botschafter Graf Welczeck zu seinem Stellvertreter bestimmt worden ist, sind nunmehr zu Delegierten Staatssekretär z. D. Freiherr von Rheinbaben, Unterstaatssekretär a. D. v. Möllendorff und die Gesandten Göppert und Freiherr von Weizsäcker ernannt worden. Der Delegation werden ferner als militärische Sachverständige Generalleutnant von Blomberg und Generalmajor Schönheinz sowie als Sachverständiger für die Marinefragen Vizeadmiral Freiherr von Freyberg angehören. Generalsekretär der Delegation ist Geheimrat Frohwein vom Auswärtigen Amt. Außerdem wird die Delegation noch eine beschränkte Anzahl von Sachbearbeitern des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums sowie nach Bedarf anderer Ressorts umfassen. Die Zahl der Delegationsmitglieder beläuft sich auf 19.

*

Englands Haltung auf der Abrüstungskonferenz.

— **London, 17. Januar.**

Laut „Observer" hat die britische Regierung hinsichtlich der Politik, die sie auf der kommenden Abrüstungskonferenz vertreten will, bereits eine wichtige Entscheidung getroffen. Sie hat beschlossen, daß sie keinem Abrüstungsvorschlag zustimmen kann, der nicht die Verminderung in Rechnung zieht, die in den letzten Jahren stattgefunden haben. Dies bedeute, daß Großbritannien keinen Plan allgemeiner prozentueller Herabsetzung der bestehenden Rüstungen zustimmen werde. Sollte die Konferenz durch Unnachgiebigkeit anderer Mächte scheitern, so würde Großbritannien gezwungen sein, seine gesamte Abrüstungspolitik einer Nachprüfung zu unterziehen.

*

Die französischen Reserveoffiziere gegen Heeresverminderung.

— **Paris, 16. Januar.**

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Ferry, Präsidenten der Vereinigung der Reserveoffiziere, hat heute hier ein Kongreß der Reserveoffiziersvereinigungen begonnen, dem die Vorsitzenden von 422 dem nationalen Verbande der Reserveoffiziere (86 000 Mitglieder) angeschlossene Vereinigungen sowie Delegierte der Reserveoffiziere der Tschechoslowakei, Polens, Südslawiens und Belgiens beiwohnten. Der Kongreß hat eine Entschließung angenommen, in der die Reserveoffiziere, die zu neun Zehnteln die Befehlsgewalt des mobilisierten Heeres vertreten, erklären, daß Frankreich freiwillig seine Militärstreitkräfte um zwei Drittel, also um mehr als irgend ein anderes Land, herabgesetzt (?) und damit die äußerste Grenze der Verminderung erreicht habe, über die es bei der gegenwärtigen Lage nicht hinausgehen könne, ohne seine Verteidigung stärker zu gefährden. Frankreich müsse stets in der Lage bleiben, dem Frieden Achtung zu verschaffen. Die Reserveoffiziere sprachen der Regierung das Vertrauen aus, daß diese die Sicherheit der Grenzen Frankreichs und die Unabhängigkeit des Vaterlandes gewährleisten werde.

Die nächsten Landtagswahlen.

Berlin, 16. Januar.

Wenn auch ein Termin für die Wahl zum Preußischen Landtag noch nicht festgesetzt worden ist, ist doch damit zu rechnen, daß die Preußenwahlen am 8. Mai stattfinden. Am gleichen Tage werden auch die Landtagswahlen in Württemberg und in Anhalt durchgeführt.

Falsche Gerüchte über Währungsexperimente

:: **Berlin, 16. Januar.**

Gegenüber den neuerdings hier und da wieder auftauchenden Gerüchten über eine Devalvation, Denomination oder ähnliche Eingriffe in die Reichsmarkwährung erfahren wir von Reichsregierung und Reichsbank, daß diese Gerüchte völlig aus der Luft gegriffen sind und daß nach wie vor alle Währungsexperimente auf das strikteste abgelehnt werden.

Spanisches Wasserflugzeug explodiert

× **Madrid, 16. Januar.**

Im Militärflughafen Mar Chica bei Melilla in Spanisch-Marokko ist das Wasserflugzeug „Dornier 19" beim Brennstoffauffüllen explodiert. Nachdem die Teile des Wasserflugzeuges in hohem Bogen in die Luft geschleudert wurden, versackten sie im Meer mit zwei Monteuren, die ertranken. Drei Soldaten, die sich in einem Beiboot befanden, erlitten schwere Brandwunden.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

× **Paris, 18. Januar.**

Sonntag abend ist der Personenzug Paris—Abbé Bille um 19,10 Uhr bei Saint-Just-en-Chaussée entgleist. Soweit bisher festgestellt, sind dabei sieben Personen ums Leben gekommen und mehrere verletzt worden.

Pulvermagazin bei Charbin durch japanische Fliegerbomben gesprengt.

52 Tote.

× **Moskau (über Kowno), 17. Januar.**

Nach einer russischen Meldung aus Tokio hat ein japanisches Bombenflugzeug 30 Meilen östlich von Charbin Bomben abgeworfen und dabei ein Pulverlager in die Luft gesprengt. Bisher wurden 52 Tote gemeldet.

*

Chinesischer Dampfer mit 23 Mann Besatzung gesunken.

× **Peking, 17. Jan.** Nach einer Meldung aus Tschifu ist ein chinesischer Dampfer, der am 14. Januar von dort nach Süd-Sachalin in See ging, mit 23 Mann Besatzung im Taifun gesunken.

Ein Beleidigungsprozeß ohne Sensation.

Schwebt Hitler über den Wassern?

× **Berlin, 17. Januar.**

Der gestern in Moabit verhandelte Prozeß „Stennes gegen Hitler" schien nach allen Vorbereitungen, die für ihn getroffen waren, eine Sensation werden zu sollen. Aber der Gegenstand und der Verlauf des Prozesses ließen die Enthusiasten, die sich in großer Zahl eingefunden hatten, nicht auf ihre Kosten kommen. Hauptmann a. D. Stennes klagte bekanntlich gegen Adolf Hitler in dessen Eigenschaft als Herausgeber des „Völkischen Beobachter", gegen Dr. Lippert, Schriftleiter des „Angriff", und gegen den verantwortlichen Redakteur der „Flamme", Loder. Im Sommer 1931 sind in den drei Zeitungen über Stennes, den früheren Osaf-Ost, Artikel erschienen mit den Ueberschriften „Meuterer entlarvt! Stennes ein Mitarbeiter Grzesinskis", oder „Stennes, Polizeihauptmann außer oder im Dienst?". In dem Text der Artikel war ausgeführt, daß ein Schreiben des früheren Osaf-Ost, Hauptmann a. D. Stennes, aufgefunden worden wäre, aus dem hervorging, daß der verflossene Osaf-Ost seine eigenen Leute an die Polizei verraten hätte.

Nachdem Vergleichsverhandlungen gescheitert waren, wurde der zur Anklage stehende Artikel verlesen. Der Passus, im Anschluß an den Hauptmann Stennes verdächtigt wurde, Polizeispitzel zu sein, lautet in dem Schriftstück des Polizeipräsidiums: „Im übrigen ist mir durch das Schreiben des Osaf-Ost zur Kenntnis gekommen, daß Sie an einem Ausmarsch der S. A. teilgenommen und von der nationalsozialistischen Gefangenenhilfe ein Darlehen erhalten haben". Dieses Schreiben war vom Polizeipräsidium dem betreffenden Beamten gesandt. Das Schreiben, auf das der Polizeipräsident Bezug nahm, war aber, wie sich später herausstellte, von der Polizei bei einer Haussuchung im „Angriff" beschlagnahmt worden.

Der Vorsitzende bat nun Hitler, sich unter Beiseitelassen aller Gegensätze zu der Klage zu äußern. Hitler erklärte: Ich habe den betreffenden Artikel

weder geschrieben, noch unterzeichnet,

allerdings in der gleichen Nummer des „Völkischen Beobachters" einen Aufruf an die Parteigenossen veröffentlicht. Den in Frage stehenden Artikel habe ich erst nach Druclegung zu Gesicht bekommen. — Amtsgerichtsrat Bues: Sie sind doch Herausgeber des „Völkischen Beobachters". Wie vollzieht sich Ihre Tätigkeit? Schweben Sie mehr über den Wassern? — Hitler: Ich trage die preßgesetzliche Verantwortung nicht. Verantwortlicher Redakteur ist Herr Binz. — Rechtsanwelt Becker dazwischenrufend: Der unauffindbar ist! — Vorsitzender: Ich bitte derartige Unterbrechungen zu unterlassen. Was Herr Binz und wo Herr Binz ist, interessiert hier nicht. — Hitler: Ich hätte erwartet, daß man sich hier an denjenigen wendet, der die pressegesetzliche Verantwortung trägt. Herr Binz wäre nicht unauffindbar, wenn Sie Klage gegen ihn eingereicht hätten. Binz ist übrigens nach wie vor verantwortlich und nicht unauffindbar. Der Vorsitzende fragte sodann den Beklagten, ob der Artikel von ihm inspiriert sei. Hitler erwiderte: Nein. Wenn ich persönlich einen Artikel in die Zeitung gebe, dann wird er auch von mir unterzeichnet. Ich würde niemals erklären, daß ich einen Artikel nicht geschrieben habe, während mir später nachgewiesen werden könnte, daß ich es doch war. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Becker, ob Hitler schon ein halbes Jahr vor Erscheinen des inkriminierten Artikels, im September 1930, auf einer Standarten-Führerbesprechung erklärt habe, daß Hauptmann Stennes Polizeispitzel sei, protestierte Rechtsanwalt Dr. Frank I gegen diese Frage. Es kam zu

erregten Auseinandersetzungen

zwischen den Anwälten, sodaß der Vorsitzende eingreifen mußte. Rechtsanwalt Dr. Becker bestand darauf, daß die Frage zugelassen und eventuell festgestellt werde, daß die Gegenseite sie nicht beantworten wolle. Er behaupte, daß Hitler für die im „Völkischen Beobachter" veröffentlichte Aeußerung verantwortlich und

der alleinige Inspirator der Verleumdungen gegen Stennes

sei. Die anderen, die diese Aeußerung weiterverbreiteten, hätten lediglich nachgesprochen und nachgeschrieben, was Hitler erfunden habe. Den Vorwurf, daß Hauptmann Stennes ein Polizeispitzel sei, habe Hitler ein halbes Jahr vor dem Erscheinen des Artikels in einer offiziellen Standartenführer-Besprechung in Berlin aufgestellt. Nach Erscheinen des Artikels habe Herr Hitler als Zeuge in einer Verhandlung hier im großen Schwurgerichtssaal des Landgerichts III

unter seinem Eid gesagt, es sei richtig, daß er damals den Vorwurf erhoben habe, Stennes sei ein Polizeispitzel.

Er habe weiter unter seinem Eid zugeben müssen, daß er eine positive Unterlage für diese Behauptung nicht habe. Er sagte in dieser Zeugenbekundung weiter: Meine Einstellung war aber die: Wenn jemand überhaupt gegen mich und meine Bewegung etwas unternimmt, so bleibt für mich nur der Schluß übrig, daß er damit im Dienste des staatlichen Machtapparates handelt. Vors.: Selbst wenn diese Behauptungen hundertprozentig als wahr unterstellt werden, so würde damit noch nicht die gesetzliche Verantwortlichkeit für den Artikel erwiesen sein. R.-A. Becker: Wenn aber richtig ist, was Herr Hitler unter seinem Eid bekundet hat, daß

nichts in seiner Bewegung geschieht, was er nicht billigt,

dann bleibt nur der Schluß übrig, daß auch dieser Artikel unter Billigung von Hitler im „Völkischen Beobachter" erschienen ist. Es ist dann Sache des Herrn Hitler, sich zu exkulpieren. Hitler: Selbst wenn man die Weisheit eines Rechtsanwalts besäße, wäre es nicht möglich, daß ein Mensch für alles die Verantwortung übernimmt, was in der Zeitung steht. Darum trägt eben die pressegesetzliche Verantwortung der Mann, der die Zeitung als verantwortlicher Redakteur zeichnet. Es ist absolut denkbar, daß ich einmal Bedenken oder Befürchtungen über den Charakter des Hauptmanns Stennes geäußert habe in der Rechtung, wie sie der gegnerische Rechtsanwalt angibt. Daraus aber eine Mittäterschaft von mir zu folgern, das muß ich ablehnen. Es steht hier garnicht zur Debatte meine persönliche Auffassung, die ich pflichtgemäß als Führer der Partei habe und haben muß, und die ich mir von keinem Menschen vorschreiben lasse.

Wenn ich in Berlin die Führer antreten lasse

und zu diesen Führern Bedenken gegen einen anderen Führer äußere, dann muß ich es ablehnen, daß ein derartiger Vorhalt als „Erfindung" bezeichnet wird. Ich habe in diesem Falle nur Meinungen, die nicht von der Hand zu weisen sind, ausgesprochen. Der Artikel ist nicht von mir veranlaßt. Die Behauptung, daß er geistig von mir inspiriert ist, widerlegt sich schon dadurch, daß er Bezug nimmt auf ein Schreiben, dessen Existenz ich beim Erscheinen des Artikels noch garnicht kannte. Es wird doch nur gesagt, daß durch dieses Schreiben die Bedenken, die schon lange in weiten Kreisen der Partei bestanden, bestätigt werden. R.-A. Dr. Frank II bittet hierauf, Herrn Hitler zu entlassen. Das Gericht gibt diesem Antrag statt. Als Hitler den Gerichtssaal verläßt, erheben sich die Zuhörer von ihren Plätzen und grüßen mit erhobenem Arm. Der Vorsitzende erklärt hierzu: Ich bitte, diese Gefühlsäußerungen zu unterlassen. Ich kann das hier im Gerichtssaal nicht dulden. Nach dem Fortgang Hitlers verlassen auch die Zuhörer den Sitzungssaal. Amtsgerichtsrat Bues stellt dem Privatkläger, Hauptmann Stennes, anheim, daß auch er sich entfernen könne, damit nicht der Eindruck entstehe, als wenn einseitig Vergünstigungen erteilt würden. Hauptmann Stennes bleibt im Gerichtssaal.

Der verantwortliche Redakteur des „Angriff", Dr. Lippert, erklärt auf Befragen durch den Vorsitzenden, daß er die pressegesetzliche Verantwortung für den im „Angriff" veröffentlichten Artikel, der das gleiche Thema wie der Aufsatz im „Völkischen Beobachter" behandelt, nicht bestreiten könne. Wie zu erwarten war, wurde Hitler freigesprochen. Lippert wurde wegen Pressevergehens zu 300 Mark Geldstrafe bzw. 30 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Privatkläger ist berechtigt, das Urteil im „Völkischen Beobachter" und im „Angriff" auf Kosten von Dr. Lippert zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens trägt, soweit eine Verurteilung erfolgt ist, der Angeklagte Dr. Lippert.

Die Urteilsbegründung.

In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende u. a. aus: Nicht der Parteimensch und Politiker Hitler sei zu beurteilen gewesen, sondern der gewöhnliche deutsche Staatsbürger. Es sei dem Privatkläger Stennes zu glauben gewesen, daß er diesen Kampf mit seinem früheren Weg- und Parteigenossen, mit dem er jahrelang Schulter an Schulter gekämpft habe, nur schweren Herzens aufgenommen habe. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß der Vorwurf, ein Spitzel zu sein, eine Beleidigung darstelle. Die Erklärung Hitlers, daß er den inkriminierten Artikel nicht kenne, habe das Gericht geglaubt. Auch die Tatsache, daß der Privatbeklagte Hitler in einer Besprechung lange Zeit vorher schon Zweifel in die Person des Privatklägers Stennes gesetzt habe, rechtfertige nicht die Behauptung der Täterschaft an dem Artikel. Es fehle also jede tatsächliche und rechtliche Beziehung Hitlers zu der Veröffentlichung des betreffenden Artikels. Bezüglich des Angeklagten Dr. Lippert, dessen Beurteilung von anderen Gesichtspunkten aus hätte erfolgen müssen, betonte der Vorsitzende, daß er die pressegesetzliche Verantwortung nach § 21 trage, und daß auch üble Nachrede im Sinne des § 186 vorläge, also Verurteilung zu erfolgen hatte. Dr. Lippert habe den Brief, der schon lange im Umlauf war, gerade in dem Augenblick veröffentlicht, als es zu der Spaltung in der Partei gekommen sei. Obwohl die Verteidigung nicht auf den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) hingewiesen habe, habe das Gericht diese Frage geprüft und sei zu der Feststellung gekommen, daß Dr. Lippert mit diesem Artikel den Rahmen der berechtigten Interessen, auch die der Partei, überschritten habe.